

wichtigsten Kriegsbasis des internationalen Imperialismus in Europa gegen die Sowjetunion und das ganze sozialistische Lager auszubauen. In immer stärkerem Maße wurde die westdeutsche Wirtschaft militariert. Die Ausgaben für Rüstungszwecke erhöhten sich von 1950 bis 1962 auf das Dreifache. 1962 betragen die Ausgaben für Rüstungszwecke insgesamt 16,3 Md. Mark (=30,6 Prozent der Bundesausgaben). 1963 erhöhte sich der Rüstungsetat sogar auf 19,2 Md. Mark.

In der Bundesrepublik ist die Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen des Finanzkapitals größer denn je. Der vollständige Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ist vollzogen und zum wichtigsten Merkmal des westdeutschen Imperialismus geworden. Der westdeutsche Imperialismus ist, wie es im Programm der Partei heißt, mit dem USA-Imperialismus verbunden und hofft, die revanchistischen Ziele mit dessen Hilfe zu erreichen. Im Rahmen dieses Bündnisses hat der deutsche Imperialismus bereits ein solches Eigengewicht erlangt, daß die USA bei der Durchführung ihrer imperialistischen Politik in Europa auf seine Zustimmung angewiesen sind. Das nutzt der westdeutsche Imperialismus aus, um die sich anbahnende Entspannung zu torpedieren und seine eigenen Expansionsziele auch gegen die Interessen des USA-Imperialismus durchzusetzen.

Der westdeutsche Staat der Monopole fesselt die Bevölkerung der Bundesrepublik mit allen Mitteln an die NATO-Mächte und ihre Ziele. Unter dem Mantel der „Europaidee“ und des „atlantischen Bündnisses“ verzichtete er auf wesentliche Teile der nationalen Souveränität und lieferte mit den Pariser Verträgen einen Teil der deutschen Nation an das **aggressive imperialistische Bündnisssystem, an das unglückselige Gestern**, an eine zum Untergang verurteilte Gesellschaftsordnung aus.

*In der Gegenwart bestätigt sich erneut, was die letzten 20 Jahre deutscher Geschichte schon bewiesen haben: Das nationale Unglück Deutschlands liegt darin, daß in Westdeutschland die Herrschaft der kapitalistischen Monopole und Militaristen, die auch für die Spaltung Deutschlands verantwortlich sind, wieder errichtet wurde.*

*Daraus ergibt sich, daß die Bürger Westdeutschlands selbst dafür sorgen müssen, daß in Westdeutschland demokratische Zustände einziehen, daß die widerrechtlich verbotene KPD und andere demokratische Organisationen wieder zugelassen werden; daraus ergibt sich, daß die Bürger Westdeutschlands nunmehr endlich all ihre Kraft dafür einsetzen, daß in Westdeutschland dem Frieden eine Gasse gebahnt wird. Es ist höchste*